

# Mitteilungen aus der AWMF S

Nachrichten, Termine, Dokumentationen für alle Mitgliedsgesellschaften  
der Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften,  
als e-Journal publiziert bei German Medical Science unter <http://www.egms.de>

**Mai 2006**

ISSN 1860-4625

## AWMF-Präsidium neu gewählt

Die Delegiertenkonferenz der AWMF (Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften) hat am 13. Mai 2006 in Frankfurt/Main das Präsidium neu gewählt, nachdem sich die AWMF durch Neufassung ihrer Satzung vom nicht-eingetragenen zum eingetragenen Verein verändert und gleichzeitig das Präsidium erweitert hat.

Dem **Präsidium der AWMF** gehören jetzt an:

Als **Präsident** Prof. Dr. A. **Encke**, Chirurgie, Frankfurt/Main.

Als **Past-Präsident** Prof. Dr. H. **Reinauer**, Klin. Biochemie, Düsseldorf.

### Als Stellvertretende Präsidenten

- Prof. Dr. W. **Gaebel**, Psychiatrie, Düsseldorf, und
- Prof. Dr. P. **von Wichert**, Innere Medizin, Hamburg.

Als **Schatzmeister** Prof. Dr. W. J. **Bock**, Neurochirurgie, Düsseldorf.

### Als weitere Mitglieder des Präsidiums

- Prof. Dr. E. **Brähler**, Mediz. Psychologie, Leipzig;
- Prof. Dr. R. **Engenhart-Cabillic**, Radio-Onkologie, Gießen-Marburg;
- Prof. Dr. H.-C. **Korting**, Dermatologie, München;
- Prof. Dr. H.-K. **Selbmann**, Mediz. Informatik, Tübingen;
- Prof. Dr. R.-D **Treede**, Physiologie, Mainz;
- Prof. Dr. W. **Wagner**, Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie, Mainz.

## Solidarität mit ärztlichem und wissenschaftlichem Personal an Universitätskliniken und Landeskrankenhäusern

Die Delegiertenkonferenz der AWMF am 13. 5. 2006 in Frankfurt/Main hat einstimmig die nachfolgende **Resolution** verabschiedet:

Die AWMF mit den in ihr vertretenen 151 wissenschaftlichen Fachgesellschaften stellt sich hinter die berechtigten Forderungen des ärztlichen und wissenschaftlichen Personals der Universitätskliniken und Landeskrankenhäuser. Der seit Jahren bekannte Handlungsbedarf muss endlich in wirksame Vereinbarungen umgesetzt werden, um den Wissenschaftsstandort Deutschland und die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung nicht weiter zu gefährden.

Der Wert ärztlicher Tätigkeit und die Bereitschaft zur Leistung müssen die erforderliche Anerkennung finden, ohne die ein qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen nicht denkbar ist. Dazu gehören

- eine angemessene Vergütung aller geleisteten Arbeitsstunden,
- humane Arbeitsbedingungen,
- eine Konzentration auf patientenorientierte Tätigkeit,
- Arbeitsverträge, die jungen Wissenschaftlerinnen/ Wissenschaftlern und Ärztinnen/Ärzten auch Perspektiven eröffnen, sowie
- Freiräume für Forschung, Fort- und Weiterbildung.

Die AWMF sieht mit Sorge die weitere Eskalation der Streikmaßnahmen mit einer essentiellen Bedrohung der Universitätskliniken und der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und appelliert an alle Beteiligten, unverzüglich zu einer Verhandlungslösung zu gelangen.

**Herausgeber:** Geschäftsstelle der AWMF, Moorenstr. 5 Geb. 15.12, D-40225 Düsseldorf

Tel. (0211) 31 28 28; FAX (0211) 31 68 19, Redaktion (V.i.S.d.P.): Wolfgang Müller M.A.

e-mail: [awmf@awmf.org](mailto:awmf@awmf.org); AWMF im Internet: <http://awmf.org> / Mitteilungen: <http://awmf-news.de>

## Kritik des Bundesrats an Urheberrechts-Plänen begrüßt

Das Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“, zu dessen Unterzeichnern auch die AWMF gehört, begrüßt die Kritik des Bundesrats an den Urheberrechtsplänen der Bundesregierung und fordert das Bundesministerium für Justiz (BMJ) zum Überdenken seiner wissenschafts- und bildungsbehindernden Position auf. Das Aktionsbündnis fordert gleichzeitig das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) auf, seine Position der stillschweigenden Zustimmung entgegen seiner eigenen, „auf Open-Access ausgerichteten“ Politik zu verlasen. Ingesamt wäre in der jetzigen Situation der Kritik von allen Seiten ein Moratorium die angemessene politische Reaktion.

Das Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“ begrüßt nachdrücklich, dass der Bundesrat auf seiner Sitzung am 19. Mai 2006 die Bundesregierung an ihr eigenes Ziel erinnert hat, für ein „bildungs- und wissenschaftsfreundliches Urheberrecht“ zu sorgen - so steht es ja zumindest im Koalitionsvertrag. Der Bundesrat sieht, ganz im Einklang mit dem Aktionsbündnis, dass durch die verschiedenen neuen Regelungen (z.B. in den §§ 52b, 53a - beide zur Literaturversorgung durch Bibliotheken, aber auch durch die Beschränkung von Autorenrechten in § 31a) gravierende Nachteile für die deutsche Wissenschaft, ihre Autoren und für das deutsche Bildungswesen beim Umgang mit publiziertem Wissen zu erwarten sind. Weiter ist auf die erheblichen Kostensteigerungen durch die Verknappungsstrategien der Verlage für die Länder als die Träger von Bildung und Wissenschaft hinzuweisen.

Angesichts der von vielen Seiten sich verstärkenden Kritik hätte sich das Aktionsbündnis sogar eine Empfehlung des Bundesrates in Richtung Moratorium gewünscht. Dazu konnte sich der Bundesrat wohl nicht durchringen. Die in dieser Intensität eher ungewöhnliche Kritik des Bundesrates legt aber das Zurückziehen des Entwurfs nahe, damit in Ruhe an einer wirklichen Balance zwischen den Interessen gearbeitet werden kann.

Das Aktionsbündnis bedauert, dass Justizministerin Cypries über „ihr“ Urheberrecht nach wie vor dem kommerziellen Verwerterinteresse Vorrang gegenüber Wissenschafts- und Informationsfreiheit einräumt und sich dabei hartnäckig, aber nicht nachvollziehbar, auf angebliche Vorgaben der EU aus Brüssel beruft. Ohne eine Besinnung auf die deutschen Interessen an einer leistungsfähigen Wissenschaft und einem ebenso leistungsfähigen Bildungssystem wird es kein zu akzeptierendes Urheberrecht in Bildung und Wissenschaft geben. Das Aktionsbündnis fordert daher auch das Bildungs- und

Forschungsministerium (BMBF) auf, sich aus seiner Position des Stillschweigens zum Entwurf herauszubewegen und sich entsprechend den vom eigenen Haus verfolgten Open-Access-Zielen klar zu artikulieren. Wenn es um Wissenschafts- und Informationsfreiheit geht, sollte die Kabinettsdisziplin nicht Vorrang haben. Streitkultur ist gefragt, um einen Ausgleich der Interessen zu erreichen.

## Wissenschaftler sollten ihre Urheberrechte sichern

**Das Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“, zu dessen Unterzeichnern auch die AWMF gehört, weist alle wissenschaftlichen Autoren auf eine mögliche Auswirkung des aktuell diskutierten Gesetzentwurfes zum Urheberrecht hin und rät, die eigenen Rechte so weit wie möglich zu sichern.**

Der Gesetzentwurf enthält Änderungen in Paragraph 31a UrhG-E 2006 „Verträge über unbekanntete Nutzungsarten“ und in Paragraph 137 I UrhG-E 2006 „Übergangsregelung für neue Nutzungsarten“. Diese sehen vor, dass der bisherige Rechteinhaber (in der Regel der Verlag) automatisch auch die Rechte für bisher unbekannteten Nutzungsarten erhält, wenn die Urheber (Autoren) dem nicht widersprechen. Dieses Widerspruchsrecht besteht aber nur, solange der Rechteinhaber noch nicht mit der neuartigen Nutzung begonnen hat. Da der Rechteinhaber nicht verpflichtet ist, die Autoren vorab zu informieren, sollten die Urheber ihren Widerspruch im Voraus einlegen.

Das Aktionsbündnis, dessen Ziele von der AWMF ausdrücklich unterstützt werden, versucht auf möglichst vielen politischen Wegen die Umsetzung des vorliegenden Gesetzesentwurfes dahingehend zu beeinflussen, dass die Interessen von Wissenschaft und Bildung berücksichtigt werden. Weil die politischen Aktivitäten aber nicht garantieren können, dass die Regelungen zu den Paragraph 31a und Paragraph 137L nicht doch kommen werden, sollten alle wissenschaftlichen Autoren ihren Widerspruch schon vor der Gesetzesverabschiedung an die Verlage schicken.

Ein **Musterbrief für den Widerspruch des Überganges der Autoren-Rechte an einen Verlag** liegt als Rich-Text-Format-Datei auf der AWMF-Webseite unter der Adresse

[http://awmf.org/rtf/widerspruch\\_137.rtf](http://awmf.org/rtf/widerspruch_137.rtf)

abrufbereit.